Landeshauptstadt München

Rathaus Umschau

Montag, 9. Oktober 2023
Ausgabe 192
ru.muenchen.de
Als Newsletter oder Push-Nachricht unter muenchen.de/ru-abo

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise für Medien **2**
Meldungen **3**
› Nach Großangriff auf Israel: Stadt München bekundet Solidarität mit Israel sowie mit ihrer Partnerstadt Be'er Sheva 3
› Solidaritätserklärung des Stadtrats mit Israel 5
› Stadt München dankt allen Wahlhelfer*innen für ihren Einsatz 5
› Fotoausstellung „Kyiv is the unbreakable heart of Europe" 6
Antworten auf Stadtratsanfragen **7**

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat
Pressemitteilungen städtischer Beteiligungsgesellschaften

Herausgeber: Presse- und Informationsamt der Landeshauptstadt München
Verantwortlich für den Inhalt: Stefan Hauf, Druck: Stadtkanzlei, Gemeinsame Anschrift: Rathaus, Marienplatz 8, 80313 München, Telefon 2 33-9 26 00, Telefax 2 33-2 59 53, presseamt@muenchen.de, www.muenchen.de/rathaus

Terminhinweise für Medien

Wiederholung
Heute, 9. Oktober, 18 Uhr, Festsaal im Alten Rathaus
Bürgermeisterin Katrin Habenschaden ehrt langjährige Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr München und überreicht ihnen die Medaillen „München leuchtet – Den Freundinnen und Freunden Münchens“ in Silber und Bronze.

Wiederholung
Dienstag, 10. Oktober, 14 Uhr, Rathausgalerie
Bürgermeisterin Katrin Habenschaden nimmt an der Pressekonferenz zur Langen Nacht der Museen teil.

Wiederholung
Dienstag, 10. Oktober, 17 Uhr, Hansa-Haus, Brienner Straße 39
Bürgermeisterin Verena Dietl spricht Grußworte anlässlich des 30-jährigen Bestehens der Mobbing Beratung München. Seit 1993 helfen ehemals Betroffene und Fachkräfte Opfern von Mobbing. Die Beratung von Menschen, die von Mobbing und anderen Konflikten am Arbeitsplatz betroffen sind, steht dabei im Vordergrund. Die Veranstaltung mit vorhergehenden Vorträgen zum Thema findet im Rahmen der 9. Woche für seelische Gesundheit (*www.woche-seelische-gesundheit.de*) statt. Der Organisator der Veranstaltung – Konsens e.V. – ist Träger der Mobbing-Beratung und des Mobbing-Telefons München und setzt sich mit seinem Engagement und der Unterstützung zahlreicher Ehrenamtlicher für Respekt und Fair-Play am Arbeitsplatz ein.

Wiederholung
Dienstag, 10. Oktober, 19 Uhr, Münchner Kammerspiele, Therese-Giehse-Halle, Falckenbergstraße 1
Eröffnung des 8. Queer Film Festivals München mit einem Grußwort von Stadtdirektor Marek Wiechers in Vertretung des Kulturreferenten. Im Anschluss wird der Film „Kokomo City“ (Englische Originalversion mit deutschen Untertiteln) gezeigt. Das Filmfestival zeigt bis 15. Oktober Filme abseits des heteronormativen Kinos und präsentiert in verschiedenen Filmreihen das aktuelle internationale queere Filmschaffen.
Achtung Redaktionen: Eine Anmeldung ist erforderlich per E-Mail an info@qffm.de

Wiederholung
Dienstag, 10. Oktober, 19 Uhr, Hotel Mariandl, Goethestraße 51
Eröffnung der Ausstellung „ZIMMER FREI“ mit einem Grußwort von Stadträtin Julia Schönfeld-Knor (SPD/Volt-Fraktion) in Vertretung des Oberbürgermeisters.

Wiederholung
Donnerstag, 12. Oktober, 9.30 Uhr, Altes Rathaus
Gesundheitskonferenz des Gesundheitsbeirates der Stadt München zum Thema „Gesundheit und Armut – gesundheitliche Chancen(un)gleichheit“. Nach einer Begrüßung von Gesundheitsreferentin Beatrix Zurek und einem Video-Grußwort von Bürgermeisterin Verena Dietl beschreiben Referent*innen den Zusammenhang zwischen Gesundheit und Armut, geben einen Ausblick auf mögliche weitere Folgen und diskutieren in Fachforen mit den Gästen, an welchen Stellen ein Handeln erforderlich ist. Referent*innen sind Professorin Dr. Verina Wild (Universität Augsburg), Professor Dr. Christian Janßen (Hochschule München), Christoph Geigl (Koordinierungsstelle Gesundheitliche Chancengleichheit) und Dr. Katharina Crepaz (Center for Autonomy Experience, Eurac Research/Technische Universität München). Moderiert wird die Veranstaltung von Claudia Gürkov (Bayerischer Rundfunk).
Achtung Redaktionen: Anmeldungen zur Fachveranstaltung bitte bis Dienstag, 10. Oktober, unter *https://veranstaltungen.muenchen.de/gsr*.

Meldungen

Nach Großangriff auf Israel: Stadt München bekundet Solidarität mit Israel sowie mit ihrer Partnerstadt Be’er Sheva
(9.10.2023) Nach dem tödlichen Großangriff der islamistischen Hamas auf Israel hat die Stadt München als Zeichen der Anteilnahme und Solidarität gegen den Terror vor dem Rathaus auf dem Marienplatz Israel-Flaggen und die der Landeshauptstadt gehisst. Heute Abend wird zudem das Rathaus ab zirka 18.30 Uhr mit der israelischen Flagge angestrahlt. Um 18 Uhr ist auf dem Odeonsplatz zu einer Solidaritätskundgebung für Israel aufgerufen.
Auch die Münchner Partnerstadt Be’er Sheva ist Ziel des Angriffs der Hamas geworden. Oberbürgermeister Dieter Reiter bekundete in einem Schreiben an den Bürgermeister von Be’er Sheva, Ruvik Danilovich, die Solidarität Münchens mit ihrer jüngsten Partnerstadt. Das Schreiben hat folgenden Wortlaut: „Voller Entsetzen blicken wir auf die schrecklichen Ge-

schehnisse, die sich seit Samstag in Israel ereignen. Die Bilder und Nachrichten aus Ihrem Land machen uns fassungslos.
In einem beispiellosen und in dieser Form nie dagewesenen Akt der Missachtung des Völkerrechts und jeglicher Menschlichkeit ist die radikal-islamistische Hamas in Ihrem Land mordend und zerstörend eingefallen.
Dass darüber hinaus noch zahlreiche Unschuldige entführt und verschleppt wurden, markiert einen neuen erschütternden Eskalationshöhepunkt. Die Landeshauptstadt München und auch die Münchnerinnen und Münchner verurteilen diesen perfiden Überfall, der durch nichts zu rechtfertigen ist, auf das Allerschärfste und stehen fest an der Seite Israels und unserer Partnerstadt Be´er Sheva.
Seien Sie versichert, lieber Kollege, dass unser Mitgefühl in diesen Stunden bei Ihnen allen ist, insbesondere bei den Familien und Hinterbliebenen der bereits jetzt so zahlreichen Opfer dieses sinnlosen Aktes der Gewalt.
Unsere Sorge gilt allen Menschen in unserer Partnerstadt Be´er Sheva und natürlich in ganz Israel.
Als für alle sichtbares Zeichen der Solidarität und Unterstützung wurde der Münchner Marienplatz mit den Fahnen Israels beflaggt und die Fassade des Münchner Rathauses wird heute Abend in den israelischen Landesfarben erleuchten.
Bitte lassen Sie uns wissen, womit wir Sie gegebenenfalls unterstützen können.
Auch der Münchner Stadtrat hat seine Solidarität mit Israel durch eine Resolution zum Ausdruck gebracht."

Zeichen der Solidarität gegen den Terror: Vor dem Rathaus weht die Flagge Israels. (Foto: Michael Nagy/Presseamt München)

Solidaritätserklärung des Stadtrats mit Israel

(9.10.2023) In einer gemeinsamen Erklärung haben die Fraktionen im Münchner Stadtrat nach dem Angriff der islamistischen Hamas ihre Solidarität mit Israel bekundet. Unterzeichnet wurde die Erklärung von den Spitzen der Fraktion Die Grünen – Rosa Liste, der Stadtratsfraktion der CSU mit FREIE Wähler, der SPD/Volt-Fraktion, der FDP BAYERNPARTEI Stadtratsfraktion und der Fraktion ÖDP/München-Liste.

Die Resolution im Wortlaut: „Seit den Morgenstunden des 7. Oktober haben Terroristen der islamistisch-antisemitischen Hamas und anderer palästinensischer Terrorgruppen israelische Grenzstädte infiltriert, tausende Raketen auf Israel abgefeuert und israelische Zivilistinnen und Zivilisten, Soldatinnen und Soldaten entführt und ermordet. Die Landeshauptstadt München, Partnerstadt der israelischen Stadt Be'er Sheva, erklärt sich uneingeschränkt solidarisch mit allen Menschen in Israel. Die Grausamkeit und Brutalität der terroristischen Angriffe auf unschuldige Menschen, Familien mit Kindern, Männer und Frauen jedweden Alters schockieren uns zutiefst und sind durch nichts zu rechtfertigen. Wir sind in tiefer Trauer um alle Opfer und in unseren Gedanken bei ihren Familien und Angehörigen. Unsere Sorge und unser Mitgefühl gilt allen Israelis und insbesondere unseren guten Freundinnen und Freunden in unserer Schwesterstadt Be'er Sheva, verbunden mit dem Wunsch, dass sie bald wieder in Sicherheit leben können.

Allen Münchnerinnen und Münchnern, die aktuell um ihre Angehörigen oder Freundinnen und Freunde in Israel bangen, versichern wir unsere volle Unterstützung. Dieser Terror muss sofort enden, deshalb unterstützen wir das völkerrechtlich verbriefte Recht Israels auf Selbstverteidigung. Jeder Form der Rechtfertigung oder gar Unterstützung dieses menschenverachtenden Terrors treten wir mit aller Konsequenz und Entschiedenheit entgegen."

Stadt München dankt allen Wahlhelfer*innen für ihren Einsatz

(9.10.2023) Bayern hat gestern einen neuen Landtag- und Bezirkstag gewählt. 628.645 Menschen in München (vorläufiges Ergebnis) – das bedeutet eine Wahlbeteiligung von 69,1 Prozent (vorläufiges Ergebnis) – haben entweder vorab per Briefwahl oder am Wahltag in einem der Wahlräume ihre Kreuzchen gesetzt. Bis in den heutigen Tag hinein haben tausende freiwillige Helfer*innen die Stimmen der Wahlberechtigten in München ausgezählt. Insgesamt waren 10.246 Wahlhelfer*innen im Einsatz. Die Stadt hat sie in 750 Schulungen für Wahlhelfende auf die Abläufe vorbereitet. Seit der Bundestagswahl 2017 werden am Wahltag zudem sogenannte Wahlkoffer genutzt. Sie unterstützen die Wahlhelfer*innen bei der Erfassung der Ergebnisse, die mithilfe der Technik automatisch zusammenge-

rechnet und über eine sichere Verbindung in Echtzeit an das Wahlamt im Kreisverwaltungsreferat übertragen werden.
Oberbürgermeister Dieter Reiter: „Die Wahl ist eines der größten Privilegien, die wir in einer Demokratie erfahren dürfen. Gleichzeitig bedeutet der Wahltag einen Kraftakt für alle Beteiligten. Er ist organisatorisch nur mithilfe der tausenden freiwilligen Helfer*innen zu stemmen, die sich gestern für unsere Demokratie engagiert haben. Ich danke daher allen Wahlhelfer*innen für ihren großen Einsatz."
Dr. Hanna Sammüller-Gradl, Kreisverwaltungsreferentin und Stimmkreisleiterin: „Der gestrigen Wahl gingen monatelange Planungen voraus. Dank der hervorragenden Vorbereitung des Wahlamts hat auch der München Marathon den reibungslosen Ablauf nicht behindert. Ich möchte mich bei allen KVR-Mitarbeiter*innen und Wahlhelfer*innen bedanken, die sich mit außerordentlichem Engagement für den Wahltag eingesetzt haben."
Die vorläufigen Wahlergebnisse sind unter *www.wahlen-muenchen.de* einsehbar. Der gemeinsame Stimmkreisausschuss für die Stimmkreise 101 bis 109 stellt am Donnerstag, 12. Oktober, ab 14 Uhr die amtlichen Endergebnisse fest. Diese werden anschließend ebenfalls unter *www.wahlen-muenchen.de* veröffentlicht.

Fotoausstellung „Kyiv is the unbreakable heart of Europe"
(9.10.2023) Die Stadt München setzt ein starkes Zeichen der Solidarität mit ihrer Partnerstadt Kyiv und zeigt von 10. bis 13. Oktober und 19. Oktober bis 6. November im Baureferat die Fotoausstellung „Kyiv is the unbreakable heart of Europe" der Kyiver Stadtverwaltung. Gezeigt werden berührende, aber auch hoffnungsvolle Fotografien aus der vom Krieg gezeichneten ukrainischen Hauptstadt.
Die Ausstellung ist in der Halle des Technischen Rathauses in der Friedenstraße 40 zu sehen. Die Öffnungszeiten sind Montag bis Freitag 8 bis 20 Uhr.

Antworten auf Stadtratsanfragen

Montag, 9. Oktober 2023

Neue Aufgaben für die Verwaltung nur bei gleichzeitiger End-to-end Digitalisierung!
Antrag Stadträte Leo Agerer und Manuel Pretzl (Stadtratsfraktion der CSU mit FREIE WÄHLER) vom 2.3.2023

Schließung der Halle 2
Antrag Stadtrats-Mitglieder Daniel Stanke, Markus Walbrunn und Iris Wassill (AfD) vom 26.6.2023

Perlacher Böglwiese – Infoveranstaltung muss aufgearbeitet werden!
Anfrage Stadträte Dirk Höpner und Tobias Ruff (Fraktion ÖDP/München-Liste) vom 21.7.2023

Neue Aufgaben für die Verwaltung nur bei gleichzeitiger End-to-end Digitalisierung!
Antrag Stadtrats-Mitglieder Leo Agerer und Manuel Pretzl (Stadtratsfraktion der CSU mit FREIE WÄHLER) vom 2.3.2023

Antwort Oberbürgermeister Dieter Reiter:

Sie beantragen, dass die Stadtverwaltung in Zukunft nur noch dann mit neuen Aufgaben betraut wird, *„wenn vorher eine Digitalisierung der internen und/oder eine End-to-End-Digitalisierung bei externen Prozessen vor Aufgabenbeginn sichergestellt werden kann."*

Ihr Einverständnis vorausgesetzt, teile ich Ihnen auf diesem Wege zu Ihrem Antrag Folgendes mit:

Mit der Digitalisierungsstrategie hat sich die Landeshauptstadt München ein Werkzeug gegeben, um die Digitalisierung bewusst zu gestalten und dabei zu entscheiden, für welche Aufgaben Digitalisierungslösungen zum Einsatz kommen, und wo dies nicht sinnvoll ist. Sie hat sich zum Ziel gesetzt, die Prozesse der Stadt München als digitale Ende-zu-Ende-(E2E)-Prozesse zu gestalten und zu optimieren. Sofern unter Kosten-Nutzen-Aspekten sinnvoll, werden sie umfassend medienbruchfrei und automatisiert gestaltet mit dem Ziel, Effizienz, Geschwindigkeit, Mitarbeiter*innenentlastung und Kund*innenorientierung zu erreichen.

Wie im Antrag dargestellt, ist die Gestaltung von E2E-Prozessen sowie deren Digitalisierung deutlich einfacher bei neuen Aufgaben. Hier müssen keine gewohnten Routinen geändert oder bestehende Verfahren umgebaut werden. Die Stadt München arbeitet mit verschiedenen Maßnahmen an der Umsetzung digitaler E2E-Prozesse: Die Einführung der E-Akte, das München Portal der Zukunft, Digitalisierung der Geschäftsprozesse oder auch digital/4finance sind nur einige Beispiele für Maßnahmen, in denen fachliche und technische Grundlagen dafür geschaffen und Prozesse entsprechend umgesetzt werden. Die Kriterien, die für die Priorisierung der zu digitalisierenden Prozesse angelegt werden, werden koordiniert durch das Team GPM Governance (Personal- und Organisationsreferat) in Zusammenarbeit mit den GPAMs in den Referaten und dem RIT erarbeitet und an der Praxis weiterentwickelt. Neben dem Faktor „Neuigkeit" einer Aufgabe spielen hier weitere Aspekte wie der zu erwartende Nutzen für Bürger*innen und die Verwaltung eine wichtige Rolle.

Ich werde Ihren Vorschlag gerne aufgreifen. In Beschlussvorlagen, in denen Referate und Eigenbetriebe zusätzliche Personal- bzw. Sachressourcen zur Erledigung neuer Aufgaben beantragen, soll künftig auch dargestellt werden, wie und bis wann diese neuen Aufgaben möglichst umfassend digital unterstützt werden können. Dadurch erhält der e.a. Stadtrat bei seiner Beschlussfassung einen Überblick über die geplante Digitalisierung und kann ggf. steuernd eingreifen.

Wesentlichen Aspekten Ihres Antrages wird damit entsprochen.

Um Kenntnisnahme der vorstehenden Ausführungen wird gebeten. Ich gehe davon aus, dass die Angelegenheit damit abgeschlossen ist.

Schließung der Halle 2
Antrag Stadtrats-Mitglieder Daniel Stanke, Markus Walbrunn und Iris Wassill (AfD) vom 26.6.2023

Antwort Kommunalreferentin Kristina Frank:

Mit Ihrem Antrag fordern Sie die Landeshauptstadt München (LHM), Abfallwirtschaftsbetrieb München (AWM), auf, die Halle 2 wegen Unwirtschaftlichkeit zu schließen. Ihren Antrag begründen Sie damit, dass die Halle 2 nach sieben Jahren nicht die sonst übliche Rendite von 2% erziele, die üblicherweise für alle anderen Beteiligungen der Landeshauptstadt München (LHM) zugrunde gelegt werde. Die Halle 2 sei finanziell nicht tragfähig und damit aufgrund des Grundsatzes der Wirtschaftlichkeit zum Jahresende 2023 zu schließen.

Nach § 60 Abs. 9 GeschO dürfen sich Anträge ehrenamtlicher Stadtratsmitglieder nur auf Gegenstände beziehen, für deren Erledigung der Stadtrat zuständig ist. Der Inhalt Ihres Antrages betrifft jedoch ein laufendes Geschäft, dessen Besorgung nach Art. 88 Abs. 3 Satz 1 GO i.V. m. der Betriebssatzung des AWM der Werkleitung obliegt. Eine beschlussmäßige Behandlung der Angelegenheit im Stadtrat ist daher rechtlich nicht möglich, da der Betrieb der Halle 2 zu den laufenden Angelegenheiten des AWM gehört.

Zu Ihrem Antrag vom 26.6.2023 teile ich Ihnen Folgendes mit:

Der AWM gehört als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger zur systemrelevanten Infrastruktur der LHM und erfüllt Aufgaben der Daseinsvorsorge. Der AWM ist ein nachhaltig wirtschaftender Betrieb. Neben ökonomischen stehen auch ökologische und sozial-gesellschaftliche Ziele gleichwertig nebeneinander.

1. Beitrag der Halle 2 zum Klima- und Ressourcenschutz
Das Gebrauchtwarenkaufhaus der Stadt München, die Halle 2, gehört zum Geschäftsbereich Wiederverwendung des AWM, der ein Eigenbetrieb der LHM ohne eigene Rechtspersönlichkeit gemäß Art. 86, 88 Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern (GO) ist.

Die Halle 2 ist eine praktische Maßnahme der Abfallvermeidung und trägt aktiv zum Klima- und Ressourcenschutz bei. Sie steht gem. § 7 Kreislaufwirtschaftsgesetz an oberster Stelle der Abfallhierarchie und hat damit höchste Priorität noch vor der stofflichen Verwertung (Recycling). Maß-

nahmen zur Abfallvermeidung sind elementarer Bestandteil der Abfallwirtschaft, gehören zu den Pflichtaufgaben des öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgers und sind dort strukturell und thematisch seit Jahrzehnten verankert. Über 500 Mg an Waren werden derzeit durch die Halle 2 der Wiederverwendung zugeführt und so vor dem Wegwerfen gerettet – Tendenz steigend. Dadurch werden aktuell rund 2.800 Mg CO_2 eingespart. Die Halle 2 ist damit ein wichtiger Baustein einer Kreislaufwirtschaft in München und ein elementarer Bestandteil einer Zero Waste City.

2. Wirtschaftlichkeit der Halle 2

Für die Geschäftstätigkeit der Halle 2 gelten die Regelungen für die wirtschaftliche Betätigung von Gemeinden. Sowohl der AWM als Ganzes als auch die Halle 2 als Teilbereich innerhalb des AWM halten sich selbstverständlich an den Grundsatz der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit (Art. 61 GO). Unter Wirtschaftlichkeit wird im Allgemeinen die „Erreichung des bestmöglichen Ergebnisses bei einem gegebenen Mitteleinsatz verstanden (vgl. Mühlenkamp, 2015, S.6) und nicht das Erreichen von „schwarzen Zahlen".

Die Halle 2 agiert wirtschaftlich aktuell output-orientiert nach dem Maximalprinzip und versucht mit gegebenen Mitteln die Wiederverwendungsquote bzw. Sammelmenge von Gebrauchtwaren, Absatz und damit auch Umsatz so weit wie möglich zu erhöhen. Dabei achtet der Geschäftsbereich auf effektive und effiziente Prozesse, kompetente und engagierte Mitarbeiter*innen, einen verhältnismäßigen Ressourceneinsatz und nutzt auch zunehmend digitale Lösungen, um diesem Ziel näher zu kommen.

Als Teil der öffentlichen Einrichtung „Abfallentsorgung" werden Kostenunterdeckungen der Halle 2 über die Abfallgebühren finanziert und sind in der Gebührenkalkulation mit enthalten. Die Stabilität der Abfallgebühren ist und wird durch die Halle 2 nicht gefährdet. Die Halle 2 ist als Teilbereich des AWM auch kein Gewerbebetrieb im eigentlichen Sinne und kann daher auch nicht mit anderen Beteiligungsgesellschaften oder mit dem Einzelhandel verglichen werden. Bei der Halle 2 handelt es sich damit um kein Geschäftsmodell, sondern vielmehr um eine Maßnahme zur Abfallvermeidung mit dem Ziel des Klima- und Ressourcenschutzes.

Aus den genannten Gründen wird die Halle 2 nicht geschlossen, sondern wird weiterhin in Betrieb bleiben und eine tragende Säule der Wiederverwendung und Kreislaufwirtschaft in München sein.

Um Kenntnisnahme von den vorstehenden Ausführungen wird gebeten. Wir gehen davon aus, dass die Angelegenheit damit abgeschlossen ist.

Perlacher Böglwiese – Infoveranstaltung muss aufgearbeitet werden!
Anfrage Stadträte Dirk Höpner und Tobias Ruff (Fraktion ÖDP/München-Liste) vom 21.7.2023

Antwort Stadtschulrat Florian Kraus:

Auf Ihre Anfrage vom 21.7.2023 nehme ich Bezug.

Sie haben Ihrer Anfrage folgenden Text vorausgeschickt:
*„Die sogenannte ‚Informationsveranstaltung' zur drohenden Bebauung der Böglwiese in Perlach hat die Anwohner:innen und Eltern der betroffenen Schulen noch mehr gegen die Landeshauptstadt München aufgebracht. Nachdem den Bürger*innen zunächst ein Runder Tisch versprochen wurde, wurden sie bei der Veranstaltung vor vollendete Tatsachen gestellt. Gute, zielführende Hinweise wurden zwar angehört, es wurde jedoch klar kommuniziert, dass das Todesurteil der Böglwiese bereits im Juli 2022 gefallen ist.*
Die Stimmung wurde von Anfang an als feindselig und gereizt wahrgenommen.
Leider waren daran die Organisatoren nicht unschuldig."

Zu den von Ihnen gestellten Fragen kann ich Ihnen Folgendes mitteilen:

Frage 1:
*Ist es zutreffend, dass keine Vertreter*innen des Referates für Bildung und Sport bei den vergangenen Bürgerversammlungen und Bezirksausschusssitzungen in Ramersdorf/Perlach anwesend waren, um zur geplanten Bebauung der Böglwiese Fragen zu beantworten? Wenn ja, warum nicht?*

Antwort:
Sowohl bei der Bezirksausschusssitzung (UA Bauen) am 17.4.2023 als auch bei der Bürgerversammlung für den Stadtteil Ramersdorf am 20.7.2023 waren Vertreter*innen des Referates für Bildung und Sport anwesend. Die Bitte um Teilnahme an der Bürgerversammlung am 10.5.2023 erfolgte erst kurz vor der Sitzung, weshalb uns eine Teilnahme leider nicht möglich war.

Frage 2:
Wenn bereits seit Juli 2022 der Entschluss des RBS feststand, die Böglwiese zu bebauen und der Bezirksausschusssitzung und der Stadtrat bereits im Winter 2022 über das Schulbauprogramm abgestimmt haben, warum konnte dann erst jetzt, kurz bevor die Verträge vergeben werden

*sollen, eine Informationsveranstaltung für die Anwohner*innen einberufen werden?*

Antwort:
Im Juli 2022 erfolgte nur eine Abstimmung über die Interimsmaßnahme für die Grundschule mit Tagesheim mit der Regierung von Oberbayern, dem staatlichen Schulamt und den betroffenen Schulleitungen. Sowohl die Regierung von Oberbayern als auch das staatliche Schulamt befürworteten den Interimsstandort Böglstraße.
Die stadtratsmäßige Entscheidung fiel mit dem einstimmigen Beschluss „Schul- und Kitabauoffensive – 4. Schulbauprogramm und Kita-Bauprogramm 2022" in der Vollversammlung des Stadtrats am 21.12.2022 (Sitzungsvorlage Nr. 20-26/V 07879). Ergänzende Informationsveranstaltungen werden nur in Ausnahmefällen angeboten.

Frage 3:
Warum wurde nicht frühzeitiger zur Veranstaltung eingeladen (es gab nur eine Woche Vorlauf?

Antwort:
Eine frühzeitigere Einladung war aus zeitlichen und organisatorischen Gründen leider nicht möglich. Aufgrund der Fragen der Öffentlichkeit und von Seiten der Bürgerinitiative nach der Ausschusssitzung zur Schulbauoffensive Anfang Juli 2023 wollte das Referat für Bildung und Sport möglichst zeitnah eine Informationsveranstaltung durchführen, um alle Fragen aufgreifen zu können. Ziel war außerdem ein Termin möglichst noch vor der Bürgerversammlung Ramersdorf am 20. Juli, um die detaillierten Fragen auch ausführlich zu beantworten, da im Rahmen einer Bürgerversammlung angesichts der vielen anderen Themen nur wenig Zeit vorhanden gewesen wäre.
Die Organisation einer geeigneten Räumlichkeit und einer Moderatorin bzw. eines Moderators haben einige Tage in Anspruch genommen. Der Vorlauf von einer Woche erschien angesichts der Bedeutung des Themas für die Bürger*innen bzw. des großen Interesses in der Abwägung dennoch ausreichend. Ein späterer Termin hätte womöglich bei den Bürger*innen eher den Eindruck erweckt, dass die Verwaltung das Thema „auf die lange Bank schieben wolle". Ziel war daher eine schnelle und umfassende Information aller interessierten Bürger*innen.

Frage 4:
*Warum wurde gleich zu Beginn der Veranstaltung abgefragt, welche Bürger*innen in der Bürgerinitiative „Rettet die Böglwiese" organisiert sind?*

Antwort:
Die Frage durch den Moderator erfolgte alleine zu dem Zweck, die Fragen der Bürger*innen zu bündeln, um die Fragen zielgerichtet zu beantworten und einen konstruktiven Informationsaustausch zu gewährleisten. Dabei wurde betont, dass diese Auskunft selbstverständlich freiwillig ist. Die Namen der Beteiligten wurden nicht abgefragt.

Frage 5:
*Warum sollten sich die Bürger*innen namentlich anmelden, obwohl dies bei Bürgerversammlungen nicht nötig ist.*

Antwort:
Die gewünschte Anmeldung zu der Informationsveranstaltung hatte allein organisatorische Gründe.

Frage 6:
Warum konnte kein wirklich neutraler Moderator für die Veranstaltung gefunden werden?

Antwort:
Die Moderation der Informationsveranstaltung wurde durch einen Mitarbeiter wahrgenommen, welcher jedoch dienstlich mit dem Bauvorhaben keine Überschneidungspunkte hatte und daher eine neutrale Moderation übernehmen konnte.

Frage 7:
*Warum wurden nicht gleich zu Beginn der Veranstaltung die Gestaltungsspielräume, die es aktuell noch gibt, benannt und die Einflussmöglichkeiten der Bürger*innen aufgezeigt?*

Antwort:
Es handelte sich um eine Informationsveranstaltung für die Interimsmaßnahme Böglstraße und nicht um einen Runden Tisch. Es sollten keine „falschen Erwartungen“ bei den Bürger*innen geweckt werden, die mangels einer fehlenden Alternative nicht erfüllt werden können.
Sowohl aus der Einladung zu der Informationsveranstaltung als auch aus der gezeigten Präsentation, die sich unmittelbar an die Begrüßung anschloss, ergab sich der Charakter einer Informationsveranstaltung. Während der ganzen Veranstaltung betonte das Referat für Bildung und Sport, dass die Entscheidung für den Interimsstandort Böglwiese bereits gefallen ist.

Frage 8:
*Kann bei künftigen Informationsveranstaltungen eine weniger hierarchische Sitzordnung (Verwaltung geballt auf der Bühne, Bürger*innen unten im Saal) gewählt werden?*

Antwort:
Die Sitzordnung entspricht dem üblichen Vorgehen und den Räumlichkeiten vor Ort bei Veranstaltungen dieser Art.
Die Positionierung der Verwaltung auf der Bühne diente der besseren Sichtbarkeit und Hörbarkeit für die Bürger*innen.

Frage 9:
*Warum hat sich eine Mitarbeiterin des RBS unter die Bürger*innen gemischt, um die Position der Stadtverwaltung zu verteidigen, obwohl diese durch zahlreiche Mitarbeiter*innen ohnehin vertreten war?*

Antwort:
Hier handelte es sich nicht um eine Mitarbeiterin des Referates für Bildung und Sport, sondern um eine Vertreterin des staatlichen Schulamtes. Sie meldete sich mit Namen und Funktion zu Wort, um den Standpunkt des staatlichen Schulamts zu erläutern.

Frage 10:
Warum standen keine aktuellen Baupläne der neuen Theodor-Heuss-Schule und Informationen zu den Schulcontainer (bspw. blieb die Frage unbeantwortet, ob die Container platzsparender umgebaut werden könnten) zur Verfügung?

Antwort:
Ziel der Informationsveranstaltung war es die Bürger*innen über die Entscheidungsfindung für den Interimsstandort Böglwiese zu informieren.
Nicht angedacht war eine ausführliche Besprechung des Neubaus am Theodor-Heuss-Platz.
Folglich waren in den Präsentationsunterlagen keine maßstabsgetreuen Pläne des geplanten Neubaus bzw. über die Pavillonanlagen enthalten.
Diese wurden jedoch mit dem Protokoll zur Informationsveranstaltung nachgereicht.

Frage 11:
Warum wurden bei den Alternativstandorten mit der großen Lösung (sowohl der kleine als auch der große Schulcontainer, die jetzt am Strehleran-

ger stehen) argumentiert, wenn auch auf der Böglwiese nur der größere Container untergebracht werden kann?

Antwort:
Ziel war es zunächst zu prüfen, ob eine Auslagerung der beiden Schulen an einem Standort möglich ist. Die in der Infoveranstaltung aufgezeigten Prüfungen von Alternativstandorten haben aber ergeben, dass dies nicht möglich ist. So ergab sich nur die Lösung der Unterbringung der Grundschule in einer Interimsanlage am Standort Böglwiese und der Auslagerung der Förderschule am Standort Strehleranger.

Frage 12:
Warum begnügt man sich mit einer einfachen Stellungnahme des Mobilitätsreferates, wenn man ein umfangreiches, fundiertes Schulwegrisikogutachten in Auftrag geben könnte?

Antwort:
Ein Verkehrssicherheitsgutachten war für die Beantragung der Baugenehmigung nicht verpflichtend. Die Landeshauptstadt München wird jedoch ein solches Gutachten als vertrauensbildende Maßnahme beauftragen.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Montag, 9. Oktober 2023

Walter-Sedlmayr-Platz
Antrag Stadträte Leonhard Agerer, Manuel Pretzl und Alexander Reissl (Stadtratsfraktion der CSU mit FREIE WÄHLER)

Gemeinsames Konzept für Oide Wiesn und Zentrallandwirtschaftsfest
Antrag Stadtrats-Mitglieder Professor Dr. Jörg Hoffmann, Gabriele Neff, Richard Progl und Fritz Roth (FDP BAYERNPARTEI Stadtratsfraktion)

Make Munich Great Again
Antrag Stadträtin Marie Burneleit (Die PARTEI)

Stadtrat

Impressum: Die presserechtliche Verantwortung für die nachfolgenden Anträge und Anfragen liegt bei den jeweiligen Stadtratsmitgliedern. Alle: Rathaus, 80313 München; Druck: Stadtkanzlei

CSU-FW-Fraktion im Stadtrat | Tel.: 089 233 92650 | Fax: 089 233 92747 | csu-fw-fraktion@muenchen.de

ANTRAG

An Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter

Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München

09.10.2023

Walter-Sedlmayr-Platz

Der Walter-Sedlmayr-Platz in Feldmoching wird neu gestaltet.
Zwischenzeitlich wird die Anzahl der Abfallbehälter erhöht.

Begründung

Von Anfang an stößt die Gestaltung des Walter-Sedlmayr-Platzes auf Ablehnung der Feldmochinger Bevölkerung. Der Platz ist nicht einladend – im Gegenteil.
Frühere Versuche, die Gestaltung zu ändern, wurden von den Urheberrechtsinhabern abgelehnt.
Ähnlich der Situation am Willi-Brandt-Platz in Riem bleibt als Lösung nur, den Platz vollständig neu zu entwerfen und zu bauen.

Alexander Reissl	Manuel Pretzl	Leonhard Agerer
Stadtrat	Fraktionsvorsitzender	Stadtrat

FDP BAYERNPARTEI Stadtratsfraktion

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus

06.10.2023

Antrag
Gemeinsames Konzept für Oide Wiesn und Zentrallandwirtschaftsfest

Das Referat für Arbeit und Wirtschaft entwirft in Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Bauernverband und dem Festring München e.V. ein Konzept, wie künftig Oide Wiesn und Zentrallandwirtschaftsfest (ZLF) alle vier Jahre gleichzeitig im südlichen teil der Theresienwiese stattfinden können.

Gegebenenfalls müssen dafür Parkmöglichkeiten auf dem Gelände wegfallen.
Die Standplätze werden so angeordnet, dass nach Beendigung des nur sechs Tage dauernden ZLF die Oide Wiesn weiterhin attraktiv ist und ein stimmiges Bild abgibt.
Nach Möglichkeit soll das Konzept schon 2024 greifen, spätestens jedoch 2028.

Begründung:

Die Oide Wiesn ist mittlerweile ein fest etablierter Bestandteil des Oktoberfests. Bei vielen Münchnern und insbesondere Familien mit kleineren Kindern ist die Oide Wiesn wegen der ruhigeren und entspannteren Atmosphäre und der deutlich günstigeren Preise der Fahrgeschäfte sogar noch beliebter als die „reguläre“ Wiesn. Für sie, aber auch für die Betreiber der historischen Fahrgeschäfte, Buden und kleinen Festzelte ist es sehr schade, dass die Oide Wiesn alle vier Jahre ausfallen muss.
Die Dauer des ZLF wurde zeitlich um ein Drittel verkürzt auf nur noch sechs Tage. Ein gutes Konzept für eine gemeinsame Nutzung der Fläche könnte eine „Win-Win-Situation“ ergeben – die Oide Wiesn könnte ohne Pause jedes Jahr stattfinden und auch dem ZLF wieder mehr Publikum und neuen Schwung bringen.

Stadträte: **Prof. Dr. Jörg Hoffmann** (Fraktionsvorsitzender)
Gabriele Neff (stellv. Fraktionsvorsitzende)
Fritz Roth
Richard Progl

Die PARTEI
im Stadtrat München

Oberbürgermeisterin
Dieter Reiter
80331 München

München, 9. Oktober 2023

Make Munich Great Again

Antrag

Die Oberbürgermeisterin wird aufgefordert, sich aktiv für die Gründung des Bundeslandes München einzusetzen. Dies sollte die Landeshauptstadt München und das Münchner Umland umfassen.
Dem Stadtrat ist ein Umsetzungsvorschlag inklusive Zeitplanung zur Abstimmung vorzulegen.

Begründung

An dem Ergebnis der aktuellen Landtagswahl ist erkennbar, dass bei Wahlen in Bayern ein immer stärkeres Gefälle zwischen den Wahlentscheidungen auf dem Land und in der Stadt entstehen. Hinzu kommt, dass durch die Größe der Landeshauptstadt die Stimme der Münchner Bevölkerung teils weniger Gewicht hat als in anderen Stimmkreisen.

Für diese Probleme gibt es nur eine Lösung:
Der Muxit – München muss Bayern verlassen!

Durch ein Abkapseln von Bayern kann München endlich zu alter Größe aufsteigen, als „Stadtstaat" erfolgreich auf die Bundespolitik einwirken und den gottesfürchtigen Wurmfortsatz, genannt „Bayern", hinter sich lassen.

Dieser Antrag ist im Generischen Femininum formuliert: es gelten grammatisch feminine Personenbezeichnungen gleichermaßen für Personen weiblichen, nicht-binärem und männlichen Geschlechts.

Initiative:

Stadträtin Marie Burneleit

Die PARTEI im Münchner Stadtrat
Marie Burneleit
marie.burneleit@muenchen.de
Rathaus, 80331 München

Pressemitteilungen städtischer Beteiligungsgesellschaften

Montag, 9. Oktober 2023

SWM reichen Bauantrag für Tram-Betriebshof Ständlerstraße ein
Pressemitteilung SWM und MVG

Info-Veranstaltung der Hautklinik Thalkirchner Straße Ästhetische Dermatologie: Anti-Aging, Lasermedizin und Narben – Was hat sich bewährt, was gibt es Neues?
Pressemitteilung München Klinik gGmbH

Die presserechtliche Verantwortung für die nachfolgenden Pressemitteilungen liegt jeweils bei der Beteiligungsgesellschaft, die sie herausgibt.

MVG Information für die Medien

9.10.2023

SWM reichen Bauantrag für Tram-Betriebshof Ständlerstraße ein

Herausgeber
Stadtwerke München GmbH
Pressestelle
Telefon: +49 89 2361-5042
E-Mail: presse@swm.de
www.swm.de

Ansprechpartner
Pressereferent Bereich MVG
Maximilian Kaltner
Telefon: +49 89 2361-6042
E-Mail: presse@mvg.de
www.mvg.de

Die Stadtwerke München (SWM) haben am Freitag, 6. Oktober, den Planfeststellungsantrag für den Tram-Betriebshof Ständlerstraße bei der Regierung von Oberbayern (ROB) eingereicht.

Visualisierung des geplanten Tram-Betriebshofs

Der Start des Genehmigungsverfahrens ist ein weiterer Meilenstein für den Ausbau der Tram in München. Der neue Tram-Betriebshof ist die Voraussetzung für den Betrieb der Neubaustrecken sowie die Wartung der damit stark wachsenden Fahrzeugflotte. Auf SWM eigenem Grund an der Ständlerstraße entstehen auf einer Fläche von rund zehn Hektar unter anderem eine Abstellanlage für knapp 100 Fahrzeuge, Werkstätten und ein Verwaltungsgebäude.

MVG Information für die Medien

Die SWM hoffen auf einen zügigen Verlauf des Verfahrens, damit der Bau Mitte 2024 beginnen und die Anlage stufenweise in Betrieb genommen kann. Priorität haben dabei die Lärmschutzmaßnahmen und die Abstellanlage. Mit einer vollständigen Inbetriebnahme rechnen wir Anfang der 2030er Jahre.

Parallel zum Planfeststellungsverfahren laufen das Verfahren zur Änderung des Flächennutzungsplanes für den ehemaligen Sportplatz und die Beteiligung der baulich direkt betroffenen Nachbarn an der Gestaltung der Grundstücksgrenze.

Die neue Zulaufstrecke zum Betriebshof, die zukünftig über die Ständlerstraße geführt werden soll, wird in einem separaten Planfeststellungsverfahren behandelt. Die SWM bereiten in diesem Zusammenhang gerade die Genehmigungsunterlagen für das Planfeststellungsverfahren und den Entwurf für den Trassierungsbeschluss für den Stadtrat vor.

Presseinformation

Geschäftsführung

Pressestelle
München Klinik
Fritz-Erler-Straße 30
81737 München

T 089 452279-492/-476
F 089 452279-749

presse@muenchen-klinik.de

muenchen-klinik.de

Info-Veranstaltung der Hautklinik Thalkirchner Straße

Ästhetische Dermatologie: Anti-Aging, Lasermedizin und Narben - Was hat sich bewährt, was gibt es Neues?

am **Mittwoch, 18. Oktober 2023 ab 14.30 Uhr**
in der München Klinik Thalkirchner Straße, Kleiner Hörsaal

Bei einer Informationsveranstaltung am Mittwoch, 18. Oktober, ab 14.30 Uhr in der München Klinik Thalkirchner Straße (Thalkirchner Straße 48) beschreibt die Referentin Dr. med. Stephanie Steckmeier (Funktionsoberärztin Dermatologie) die verschiedenen Verfahren, die heutzutage zur Verbesserung von Falten verwendet werden. Weitere Schwerpunkte des Vortrags sind die Behandlung von unschönen Narben und das Mikroneedling zur Verbesserung der Hautstruktur und zur Korrektur von eingesunkenen Aknenarben.

Im Anschluss an den Vortrag besteht die Möglichkeit, Fragen zu stellen. Die Veranstaltung ist kostenfrei, eine vorherige Anmeldung ist nicht notwendig.

Die München Klinik ist mit Kliniken in Bogenhausen, Harlaching, Neuperlach, Schwabing und Europas größter Hautklinik in der Thalkirchner Straße Deutschlands zweitgrößte kommunale Klinik und der größte und wichtigste Gesundheitsversorger der Landeshauptstadt München. Die München Klinik bietet als starker Klinikverbund Diagnostik und Therapie für alle Erkrankungen in München und im Umland und genießt deutschlandweit einen ausgezeichneten Ruf – mit innovativer und hoch spezialisierter Medizin und Pflege und gleichzeitig als erster Ansprechpartner für die medizinische Grundversorgung. Rund 110 000 Menschen lassen sich hier im Schnitt pro Jahr stationär und teilstationär behandeln. Mit jährlich über 6000 Geburten kommen hier deutschlandweit die meisten Babys zur Welt. Auch in der Notfallmedizin ist die München Klinik die Nummer 1 der Stadt: Über 130 000 Menschen werden jedes Jahr in den vier Notfallzentren aufgenommen – das entspricht rund einem Drittel aller Notfälle der Landeshauptstadt. Die Kliniken sind entweder Lehrkrankenhaus der Ludwig-Maximilians-Universität oder der Technischen Universität München. Die hauseigene Pflege-Akademie ist mit rund 500 Ausbildungsplätzen die größte Bildungseinrichtung im Pflegebereich in Bayern. Als gemeinnütziger Verbund finden in der München Klinik Daseinsvorsorge und herausragende Medizin zusammen und stellen das Gemeinwohl in den Vordergrund: Über die medizinisch-pflegerische Versorgung hinaus gibt es großen Bedarf, der vom Gesundheitssystem nicht refinanziert wird – wie etwa das Spielzimmer für Geschwisterkinder. Und auch die Mitarbeitenden aus Medizin und Pflege, die sich mit ihrer täglichen Arbeit für die Gesundheitsversorgung Münchens einsetzen, können von Zuwendungen in Form von Spenden profitieren – beispielsweise durch die Finanzierung von zusätzlicher Ausstattung, Erholungsmöglichkeiten und Fortbildungen. Dafür zählt jeder Euro.

München Klinik gGmbH
Thalkirchner Straße 48
80337 München

Geschäftsführung:
Dr. med. Axel Fischer (Vorsitzender)
Susanne Diefenthal, Dr. med. Tim-Oliver Guderjahn

Aufsichtsrat: Oberbürgermeister
Dieter Reiter (Vorsitzender)

Handelsregister:
München HRB 154 102
USt-IDNr.: DE814184919